

38. Sitzung des Bundesrates vom 7. Mai 1946.

Präsident: Herr Kobelt.

Abwesend: HH. Stampfli und Nobs (dienstlich).

Schriftführer: HH. Oser und Weber.

Schluss = 12 Uhr 10.

Protokoll 31. Sitzung.

1. Politische Fragen.Verhandlungen mit den Alliierten in Washington.

Herr Petitpierre: Frankreich übt in der Goldfrage einen Druck aus auf die Schweiz. Wir haben die Gesandtschaft beauftragt, der französischen Regierung unser Erstaunen auszusprechen darüber, dass Frankreich uns in Washington Schwierigkeiten macht. Die Franzosen anerkennen die von der Regierung von Vichy getroffenen Massnahmen nicht. Sie gehen jetzt darauf aus, möglichst viel Gold von der Schweiz zurückzuerhalten.

Ich habe nach Washington telegraphiert und die Delegation über diesen Schritt am Quai d'Orsay orientiert. Ich wollte wissen, ob Stucki im Sinne hat, die Verhandlungen abzubrechen oder ob er den Weg einer Globalentschädigung für gangbar erachte. Er hat geantwortet, dass ihm der Gedanke einer Globalentschädigung sympatisch sei. Man sollte aber nicht weiter gehen als 500 Millionen Franken. Gegen die Globalentschädigung spricht, dass gegenüber einer solchen Offerte die Alliierten wahrscheinlich noch mehr verlangt hätten. Stucki glaubt, wenn unser letzter Vorschlag abgelehnt werde, sei es richtig, die Kommission zurückzurufen. Man könne dann die Lösung mit einer Globalentschädigung in einen späteren Zeitpunkt verschieben. Grundsätzlich soll der Verzicht auf die Hälfte der deutschen Guthaben und das Entgegenkommen in der Goldfrage aufgefasst werden als Beitrag der Schweiz an den Wiederaufbau Europas. Die Alliierten warten noch auf die Antwort der französischen Regierung.

In der Oeffentlichkeit und in der Presse der Schweiz ist man beunruhigt über das Schweigen des Bundesrates. Ich habe heute Stucki telegraphiert, dass man die Oeffentlichkeit aufklären sollte, damit man sie nicht plötzlich mit der schlimmen Nachricht überraschen muss.

Herr Etter: Frankreich hat kein Recht, uns gegenüber diesen Standpunkt einzunehmen. Es muss den Fehler der Regierung von Vichy selbst verantworten. Dieser Fehler exkulpiert die Schweiz in weitgehendem Masse.

Was die Globalentschädigung anbetrifft, so komme ich aus rechtlichen Ueberlegungen zu einem negativen Schluss. Wir dürfen nicht eine Geste tun, die den Charakter eines freiwilligen Aktes hat. Ein solches Vorgehen würde innerpolitisch auf grosse Schwierigkeiten stossen. Wir müssten eine solche freiwillige Leistung durch den Bundesrat beschliessen lassen. Jetzt hingegen geben wir nur unter dem Zwang der Verhältnisse einen Teil unserer Guthaben preis. Gegenüber einer wiedererstandenen deutschen Regierung, haben wir eine bedeutend stärkere Position, wenn wir erklären können, dass wir den Alliierten auf dem Wege eines Vergleichs entgegenkommen mussten, als wenn wir durch einen eigenen Staatsakt auf die deutschen Guthaben greifen müssten. würden.



Ich habe in der 'Suisse' einen Artikel gelesen, wo es heisst, dass der Chef des Politischen Departementes schweigsam sei, dass aber ein anderes Mitglied des Bundesrates erstaunliche Mitteilungen gemacht habe. Dieses Mitglied habe sich dahin geäussert, dass man nur noch über das Ausmass dessen streite, was man den Alliierten herausgeben will. Auch über die Herausgabe des Goldes habe der Bundesrat eine Offerte unterbreitet, welche als letzter Vorschlag zu gelten habe. Schliesslich hiess es noch, dass die Guthaben der Deutschen in der Schweiz vom Abkommen nicht berührt werden. Im Kommentar zu dieser Information wird erklärt, der Bundesrat habe den Rechtsstandpunkt aufgegeben. Als ich das las, kam ich zur Auffassung, dass man doch die Presse orientieren sollte, nachdem nun ein Mitglied des Bundesrates weitgehende Andeutungen gemacht hat, durch welche der Schleier etwas gelüftet worden ist.

Herr Petitpierre: Herr Stampfli hat nach der letzten Sitzung vom Freitag verschiedene Mitteilungen gemacht. Ich hatte eine Diskussion mit mehreren Journalisten, die erklärten, es sei nötig, dass sie einmal über das was in Washington gehe, orientiert werden. Ich habe Stucki gefragt, ob unser Presseattaché den schweizerischen Korrespondenten Auskunft über die Verhandlungen gebe. Ich habe nämlich ein Telegramm eines schweizerischen Korrespondenten gelesen, in welchem er sich orientiert zeigte über die Schwierigkeiten zwischen Stucki und Ausi.

Gestern hätte ich vor der Vollmachtenkommission erscheinen und Auskunft geben sollen. Ich habe das abgelehnt. Gestern ist auch Herr Stampfli eingeladen worden, gewisse Auskünfte zu erteilen. Es war richtig, dass er die gestellten Fragen beantwortet hat. Ich bin aber der Auffassung, dass die Vollmachtenkommission nicht darüber interessiert ist, dafür aber die Kommission des Auswärtigen und die Finanzkommission.

Ich bin der Meinung, dass diese Mitteilungen jetzt auch der Kommission für Auswärtiges bekannt gegeben werden sollen.

Herr Celio: Ich bin am meisten darüber erstaunt, dass die öffentliche Meinung immer noch glaubt, dass wir in der grundsätzlichen Frage hart geblieben sind. Die Goldfrage wird immer einfacher. Wir sollten eher Bereitschaft zeigen, das gefundene Gold zurückzugeben, als in der Frage der deutschen Guthaben nachzugeben. In der letzten Frage weichen wir nicht vom Rechtsstandpunkt ab.

Bezüglich Presseorientierung möchte ich daran erinnern, dass Herr Stucki uns gesagt hat, dass wir schweigen sollten.

Herr von Steiger: Was unsere Haltung gegenüber Frankreich anbelangt, glaube ich, dass unsere Stellungnahme durchaus legitim ist. Was die französische Regierung gemacht hat, das ist ein Skandal. Das belgische Gold ist nach Nordafrika gebracht worden, in das unbesetzte Gebiet. Es lag nicht der geringste Grund vor, das Gold den Deutschen herauszugeben. Wenn sich die Schweiz täuschen liess, indem sie einem eingepprägten Stempeldatum Vertrauen entgegenbrachte, so wären wir gutgläubig. Die Warnung ist nachher gekommen. Wir dürfen nicht zugeben, dass wir in der Goldfrage nicht gutgläubig waren und müssen uns dafür den Beweis sichern.

Rechtlich sind folgende Standpunkte für mich massgebend:

Wenn wir den Amerikanern entgegenkommen in der Rechtsfrage, so ist die erste Voraussetzung dafür, die Aufhebung der Sequestrierung der schweizerischen Guthaben in Amerika.

Was die Frage anbelangt, ob wir nicht besser damit begonnen hätten, eine Globalentschädigung zu offerieren, ~~jetzt~~ haben wir uns engagiert und können den eingeschlagenen Weg nicht mehr gut nachträglich korrigieren. Wichtig ist für uns vor allem, dass die Guthaben der in der Schweiz domizilierten Personen nicht berührt werden. Bei der Orientierung der Oeffentlichkeit darf nicht der Eindruck erweckt werden, <sup>das</sup> wie in irgendwelchen Punkten nachgegeben wurde, die klar waren. Es muss hervorgehoben werden, dass wir nur in einer streitigen Frage nachgegeben haben.

Herr Präsident: Ich habe schon früher die Auffassung vertreten, dass man die Presse sukzessiv orientieren sollte. Wenn die Verhandlungen abgebrochen werden, dann haben wir eine günstige Position für die Orientierung der Presse. Führen die Verhandlungen zu einem Erfolg, dann wird die Position der Oeffentlichkeit auch nicht so gross sein. Unter diesen Umständen glaube ich, dass wir am bisher eingeschlagenen Weg festhalten und die Presse noch nicht orientieren sollten.

Was die Frage unserer Grundsätzlichkeit anbetrifft, haben wir keine so schlechte Position. Wir sind lediglich da und dort auf gewisse Vorschläge eingetreten.

Der Presse soll heute keine weitere Orientierung gegeben werden.

Herr Petitpierre: Wir würden also weiterhin folgenden Standpunkt einnehmen:

In der Goldfrage sind 250 Millionen Franken das Maximum, das wir abzutreten bereit sind.

Die deutschen Guthaben sollen auf der Basis von 50 % zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt werden.

Die Gläubiger in Deutschland sollen in Reichsmark entschädigt werden.

Wenn die Offerte von den Alliierten nicht angenommen wird, ist die Delegation ohne weiteres, ermächtigt zurückzukehren.

Wenn Stucki einverstanden ist mit der Presseorientierung, dann steht ihr unsererseits nichts im Wege.

### Fussballländermatch England-Schweiz in London.

Herr Petitpierre: Unser Minister glaubt, dass der Bundesrat sich an dieser Veranstaltung vertreten lassen sollte.

Herr Präsident: An einem solchen Match lässt sich nur die Regierung des Landes vertreten, in welchem das Treffen stattfindet.

### 2. Schriftliche Anträge.

Politisches: Errichtung eines französischen Zollamtes im Bahnhof Genf-Cornavin.

Gesandtschaft in Caracas. Geschäftsbericht 1945.

Justiz-Polizei: Wiedererwägungsgesuch Jegal.

Wiedererwägungsgesuch Stoppani.

Wiedererwägungsgesuch Casagrande.

Justiz - Polizei: Wiedererwägungsgesuch Schiavi.  
Wiedererwägungsgesuch Zambelli.  
Ausweisung nach Art. 70 BV von Familienangehörigen der Nationalsozialisten.

Militär: Begnädigungsgesuche Weber, Bündtner, Cornu, Bächli.  
Beschaffung von Jeeps für die Armee.

Finanz - Zoll: Nationalbank. Wahl U. Meyer-Boller.

Volkswirtschaft: Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich 1946.  
Veredlungsverkehr mit Frankreich.  
Wirtschaftsverhandlungen mit den Niederlanden.  
Keramische Industrie. Gesamtarbeitsvertrag.  
Aufhebung des BRB über die kriegswirtschaftliche Bewilligungspflicht.  
Nachtragskredit für die Klassenerneuerung des Dampfers s/s St.Gotthard.

Post - Eisenbahn: Wahl Ch. Chappuis als II. Sektionschef der PTT.

### 3. Allgemeine Umfrage.

Inneres: Jagd und Fischerei-Ausstellung in Neuenburg.

Herr Etter: Der Bundesrat hatte zu zwei Fragen Stellung zu nehmen:

1. Werde ich ersucht, im Komitee mitzumachen.
2. Wird eine Subvention gewünscht oder die Einreichung eines eigenen Standes über die eidgenössische Jagd- und Fischereipolitik.

Es wird beschlossen, Herrn Etter als Vertreter des Bundesrates in das fragliche Komitee abzuordnen. Von einer Subvention wird Umgang genommen. Die Errichtung eines eigenen Standes kommt wegen Zeitmangel in diesem Jahre nicht in Frage, wird aber für eine spätere Veranstaltung vorgesehen.

### Foire de Genève. Ehrenkomitee.

Als Vertreter des Bundesrates in das Ehrenkomitee wird Herr Bundesrat Etter abgeordnet.

Post - Eisenbahn: Besichtigung des Hafens von Genua.

Herr Celio: Ich bin eingeladen worden zu einer Besichtigung des Hafens in Genua als Haupthafen der Schweiz. Der Podestà von Genua würde sich freuen, wenn auch der Präsident des Nationalrates sowie derjenige des Ständerates mitkommen würden. Diese Besichtigung soll in der Zeit nach dem 2. Juni stattfinden. Soll man da ja sagen oder nicht.

Herr Präsident: Mit freundlichen Worten die Einladung verdanken, aber nicht teilnehmen.

Herr Petitpierre: Die Mitglieder des Bundesrates sollten nicht überall hingehen müssen wie Handelsreisende.

Herr von Steiger: Das erste Mal, wo sich ein Mitglied des Bundesrates offiziell ins Ausland begibt, sollte es sich um eine Frage handeln, die für uns von entscheidender Bedeutung ist.

---

Besuch des holländischen Verkehrsministers.

Herr Celio: Der holländische Verkehrsminister wird die Mustermesse in Basel besuchen. Sollte er irgendwie offiziell begrüsst werden.

Herr Petitpierre: Der Minister sollte eingeladen werden nach Bern zu kommen.

Herr Celio: Er hat bereits erklärt, dass er nicht nach Bern komme.

Herr Petitpierre: Ich will mir die Frage noch überlegen.

---

Militär:

Einführung der Bewilligungspflicht im Baugewerbe.

Herr Präsident: Der Delegierte der Arbeitsbeschaffung soll ermächtigt werden, die Angelegenheit mit den Zwischenverbänden der Wirtschaft und mit den Kantonsregierungen zu besprechen. Der Bundesrat soll nachher dazu Stellung nehmen.

Herr Etter: Durch diese Vorbesprechungen soll der Bundesrat in keiner Weise gebunden sein.

---